

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Landtagssitzung im Überblick

Der Landtag behandelte gestern vormittag die ersten fünf Traktanden der auf insgesamt 27 Tagesordnungspunkte angewachsenen Traktandenliste. Als letztes Geschäft wird der Landtag heute Donnerstag die Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission in Sachen Staatsgerichtshof vornehmen. Nachstehend die Beschlüsse des Landtags in Kurzform.

### Landwirtschaftszone

Am Anfang der Landtagssitzung gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille eine Erklärung zur Vorlage über die landesweite Landwirtschaftszone ab und zog anschliessend die Vorlage zurück. In Übereinstimmung mit einem Schreiben von Vorstehern soll die Vorlage in der abgeänderten Form nochmals mit den Gemeindevertretern diskutiert werden. Das Traktandum wird im kommenden Frühjahr auf der Tagesordnung des Landtags stehen.

### Höhere Blindenbeihilfe

Mit 24 Stimmen verabschiedete der Landtag das Gesetz über erhöhte Blindenbeihilfen. Nach Erhöhung der Ansätze werden Vollblinde ab 1. Januar 1990 eine Beihilfe von 440 Fr., praktisch Blinde von 330 Fr. und hochgradig Sehschwache von 220 Fr. erhalten.

### Stellenplan genehmigt

Mit ebenfalls 24 Stimmen sprach sich der Landtag für den Stellenplan der Regierung aus und genehmigte die Anstellung von 12,5 Stelleninhabern.

### Baukostenbeitrag

Der Ausrichtung eines Baukostenbeitrags in Höhe von 100 000 Fr. an die Stiftung für Taubblinde in Langnau am Albis zur Platzsicherung wurde einstimmig die Zustimmung erteilt.

### Nachtragskredite 1989

Nach längerer Diskussion über einzelne Posten und die generelle Problematik von Nachtragskrediten genehmigte der Landtag den zweiten summarischen Nachtrag zum Haushalt 1989, der in 43 verschiedenen Kreditpositionen ein Kreditvolumen von 5,9 Mio. Fr. umfasst.

### Voranschlag für 1990

Am Nachmittag nahm der Landtag die Beratung des Budgets 1990 in Angriff, das in der Gesamtrechnung nur einen kleinen Fehlbetrag vorsieht. Allerdings müssen zum Ausgleich des Budgets erhebliche Mittel in Höhe von 24,6 Mio. Fr. aus den Reserven eingesetzt werden. Nach der Verabschiedung des Budgets 1990 wird der Landtag den Finanzplan 1990 bis 1994 zur Kenntnis nehmen.

## Vorlage wurde zurückgezogen

Erneute Diskussion über Landwirtschaftszone mit Gemeinden

(G.M.) – Bevor der Landtag gestern vormittag auf die Tagesordnung eintrat, gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille eine Erklärung zur Vorlage über die Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone ab und zog anschliessend die Vorlage zurück. Nach nochmaliger Diskussion mit den Gemeinden soll die Gesetzesvorlage im kommenden Frühjahr wieder auf dem Tisch des Landtags liegen.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille verlas einen Brief des Ruggeller Vorstehers Anton Hoop, der in seinem Namen und im Auftrag anderer Vorsteher die Verabschiedung des Gesetzes über die Schaffung einer landesweiten Landwirtschaftszone als verfehlt bezeichnete. Allerdings gaben die Vorsteher zu verstehen, dass sie damit keine grundsätzliche Ablehnung der Vorlage dokumentieren wollten. Josef Biedermann (FBP), der schon vor rund zehn Jahren Unterzeichner eines Postulates zum Schutz des landwirtschaftlichen Bodens war, zeigte sich über die Haltung der Vorsteher enttäuscht und erklärte, die Dringlichkeit für die Verabschiedung dieser wichtigen Vorlage sei durchaus gegeben.

Der VU-Abgeordnete Dr. Walter Oehry, der als früheres Mitglied der Regierung und verantwortlicher Ressortchef für die Landwirtschaft das seinerzeitige Postulat während Jahren in seiner Schublade verkümmern liess und dann dem Landtag die Unmöglichkeit zur Schaffung einer Landwirtschaftszone mitteilte, fühlte sich bemüsst, von «später Rehabilitation» zu sprechen. Da er aber offensichtlich erneut die Problematik nicht ganz

erfasst hatte, wurde er von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille korrigiert. Die Regierung schreibe in dieser Gesetzesvorlage nur eine Landwirtschaftszone vor, während die Gemeinden selbst entscheiden könnten, welche Gebiete sie in diese Landwirtschaftszone einbringen würden, womit die Gemeindeautonomie gewahrt bleibe.

Vorher hatte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille schon ausgeführt, dass die Gemeinden für ihre Aufgabe offensichtlich noch Zeit gebrauchen, die er ihnen zur Bereitstellung der Landwirtschaftszone einräumen möchte. Im Unterschied zu einer Behauptung im Brief des Ruggeller Vorstehers, die Gemeinden seien kürzlich über die Vorstellungen der Regierung informiert worden, betonte Wille, dass Gespräche schon vor der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage stattgefunden hätten. Allerdings hätten nicht alle Gemeindevertreter vom Angebot des Ressorts Landwirtschaft gleichermaßen Gebrauch gemacht, sich eingehend über die Problematik der Landwirtschaftszone zu informieren.

Auch nach der Änderung der ursprünglichen Vorlage ist nach den Worten von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille nochmals mit den Gemeinden gesprochen worden, wobei sich die meisten Gemeinden grundsätzlich einverstanden erklärten.

Auf wenig Resonanz stiess im Landtag das Votum des FBP-Abgeordneten Josef Biedermann, der eine Verbindung zwischen UNO-Beitritt und Landwirtschaftszone herstellte. Auf der einen Seite ein ausserpolitischer Schwerpunkt, andererseits eine Vorlage, die entscheidend für die Zukunft unseres Landes sei.

## Eintreten auf das Budget 1990

Finanzpolitische Kurskorrektur der Regierung

(G.M.) – «In der angeführten finanzpolitischen Kurskorrektur der Regierung sehen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Es ist allerdings streng darauf zu achten, dass die getroffenen Zielsetzungen nicht durch Budgetüberschreitungen und Nachtragskredite unterlaufen werden.» Mit diesen Worten würdigte FBP-Fraktionensprecher Dr. Alois Ospelt die Bemühungen der Regierung, aufgrund der letztjährigen Budgetdebatte eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik zu betreiben. Der Landtag nahm gestern nachmittag die Debatte über das Budget 1990 auf, in der weitgehende Übereinstimmung festgestellt werden konnte.

Bevor sich die Abgeordneten mit dem Budget 1990 beschäftigen konnten, gab Regierungschef Hans Brunhart eine längere Erklärung zu den finanzpolitischen Zielsetzungen allgemein und speziell für das kommende Rechnungsjahr ab. Er unterstrich den hohen Deckungsgrad des Voranschlags und betonte die gute Finanzlage im laufenden Jahr, die eine ausgeglichene Rechnung erwarten lasse. Nach seinen Aussagen ist die Finanzlage unseres Landes gut, doch bedürfe sie der dauernden Pflege.

Das Ziel der Finanzpolitik stelle nach wie vor die Aeuferung der Reserven dar, bemerkte er, ohne jedoch speziell darauf hinzuweisen, dass auch 1990 erneut ein Abbau von Reservevermögen vorgesehen ist. Ferner wies er darauf hin, wie das auch aus der Interpellationsbeantwortung über die gebundenen und nichtgebundenen Mittel zum Ausdruck kommt, dass der finanzpolitische Spielraum nicht gerade gross sei.

Eine solide Finanzpolitik forderte der VU-Abgeordnete Patrick Hilty für die Zukunft, nachdem er die bisherigen

Zielsetzungen als erreicht betrachtet hatte. Auch der VU-Abgeordnete Oswald Kranz gelangte zu einem Lob der Finanzpolitik durch die Regierung und meinte, die «finanzpolitische Polemik» des letzten Jahres sei fehl am Platze gewesen.

Etwas gedämpfter betrachtete FBP-Fraktionensprecher Dr. Alois Ospelt die Finanzsituation, vor allem mit Blick auf die Zukunft. Er unterstrich, dass die finanzpolitische Kurskorrektur der Regierung einen Schritt in die richtige Richtung darstelle. Die FBP habe schon im letzten Jahr von der Regierung Vorschläge zu Einsparungen gefordert, Pläne und Strategien für die künftige Finanzpolitik, nicht einfach die Fortschreibung des bisherigen Finanzgebahrens. Eine gesicherte und solide Finanzpolitik ist nach seinen Worten eine zentrale Staatsaufgabe. Es sei danach zu trachten, den Ertrag und den Aufwand auf die Dauer im Gleichgewicht zu halten und – wie es im Finanzhaushaltsgesetz heisst – allfällige Schulden zurückzubilden.

Die FBP-Fraktionserklärung finden Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

## Unbehagen über das Wachstum der Landesverwaltung

Kritische Stimmen im Landtag zum Stellenplan 1989/90 der Regierung – 12,5 neue Stellen genehmigt

(mö) – Der Landtag hat gestern den Stellenplan 1989/90 der Regierung und die damit verbundene Schaffung von 12,5 neuen Stellen für die Landesverwaltung mit 24 Stimmen genehmigt, gleichzeitig aber auch in mehreren Voten seinem Unbehagen über das stete Anwachsen des Personalbestandes Ausdruck verliehen. Mit dem gestrigen Beschluss des Landtages erhöht sich die Zahl der ständigen Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung und den Gerichten auf 420.

Als erster Redner äusserte der VU-Abgeordnete Alfons Schädler gewisse Vorbehalte zum neuen Stellenplan. Die überdurchschnittliche Zunahme von Stellen in der Landesverwaltung könne, so bemerkte er, nicht jährlich so weitergehen.

Unter dem Hinweis auf Rationalisierungsmassnahmen in der Privatwirtschaft fragte sich die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann, ob es nicht auch bei der Landesverwaltung mehr Möglichkeiten zur Personaleinsparung gäbe, zumal allgemein bekannt sei, dass verschiedene Stellen überbesetzt, andere hingegen unterdotiert seien. Es sei zu hoffen, dass das neue Beamtenrecht hier bald eine wesentliche Verbesserung und die notwendige Flexibilität bringen werde.

### Einfluss auf die Lohnpolitik

Für 1990 sind laut Emma Eigenmann 66,2 Mio. Franken an Personalkosten vorgesehen. Dies entspreche beinahe dem budgetierten Ertrag von 67 Mio. Franken aus der besonderen Gesellschaftssteuer. Der Erlass eines Lohn- bzw. Besoldungsgesetzes erschien ihr in diesem Zusammenhang als vordringlich, damit der Landtag wieder in verstärkter Masse Einfluss auf die Lohnpolitik der Regierung nehmen könne. Beschlüsse über Reallohn erhöhungen sollten ihrer Ansicht nach durch den Landtag gefasst werden. Eine Steuerung allein über den Voranschlag bzw. das Budget sei zu schwach.

### Mehr Flexibilität wünschenswert

Auch der FBP-Abgeordnete Josef Büchel vertrat die Meinung, dass mit etwas mehr organisatorischer Flexibilität mehr zu erreichen wäre. Zudem stelle sich für ihn die Frage, ob bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage die Stellen auch befriedigend besetzt werden können, d.h. die Bewerber das nötige Anforderungsprofil aufweisen würden, denn eine nicht optimal besetzte Stelle rufe bald nach weiteren Anstellungen. Kritik übte der Abgeordnete daran, dass der Landtag über die finanziellen Auswirkungen der 12,5 neuen Stellen von der Regierung nicht in Kenntnis gesetzt worden sei.

### Volle Aufmerksamkeit für EDV

In ihrem Bericht über den Bestand und Bedarf an Stellen geht die Regierung auch kurz auf den Stand und die weitere Entwicklung der Informatik in der Landesverwaltung ein. Mit der vom Landtag genehmigten Stelle verfügt die EDV-Abteilung beim Amt für Personal und Organisation nun über 3,5 Stellen. Nach Meinung des FBP-Abgeordneten Johann Kindler müsse die Regierung dieser Entwicklung ihre volle Aufmerksamkeit schenken, denn gerade diese Stellen im

EDV-Bereich würden bei entsprechendem Einsatz der modernen Informatiklösungen mithelfen, Personal in weit grösserer Masse in anderen Bereichen einzusparen und die Dienstleistung gegenüber den Bürgern wesentlich zu verbessern. In seinen grundsätzlichen Ausführungen zur EDV-Entwicklung in der Landesverwaltung sprach sich Johann Kindler dafür aus, das von der Regierung genehmigte Informatik-Leitbild und dessen laufende Anpassung von einer neutralen Stelle prüfen zu lassen, wie dies auch von der Geschäftsprüfungskommission gefordert worden sei. Auch im Bereich der Schulung und Weiterbildung der PC-Benutzer sei noch einiges nachzuholen, denn mit der Einführung eines neuen Systems sei nur der Anfang gemacht, die Fortbildung aber trage dann effektiv die gewünschten Früchte.

Der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch verband schliesslich mit der neugeschaffenen Stelle beim Rechtsdienst die Hoffnung auf eine baldige Publikation einer systematischen Sammlung des liechtensteinischen Rechts.

(Näheres zur Stellenplan-Debatte im Landtag lesen Sie in einer der kommenden Ausgaben).

## Nationalbank zieht Notbremse

Lombardsatz erhöht – Diskontsatz vorerst unverändert

Zürich (AP) Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat die Notbremse gegen den überschüssenden D-Mark-Kurs gezogen.

Mit Wirkung von heute Donnerstag verdoppelt die Notenbank den Abstand zwischen Lombardzinssatz und kurzfristigen Geldmarktzinsen von einem auf zwei Prozentpunkte. Damit will die Notenbank ein Signal setzen, dass ihre Geldpolitik weiterhin sehr restriktiv bleibt und dass sie sich gegen eine unverhältnismässige Abwertung des Schweizer Franks zur Wehr setzen will.

Die am Mittwoch vormittag in einer kurzen Pressemitteilung angekündigte Massnahme drückte den Kurs der D-Mark am Zürcher Devisenmarkt sofort um einen Rappen von 91,20 auf 90,20 Rappen. Der Entscheid der Nationalbank ist insofern brisant, als die von den Banken seit Wochen diskutierte dritte Erhöhung der Zinssätze für bestehende Hypotheken damit wieder an Aktualität gewinnen könnte.

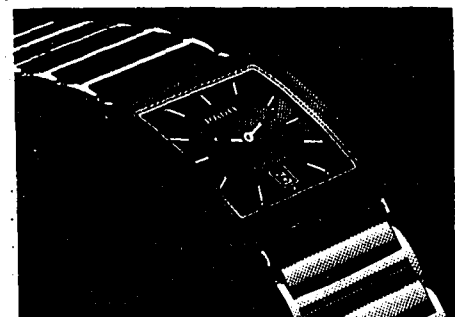
Das Nationalbank-Direktorium fasste seinen Entscheid am Mittwoch vormittag nach Konsultation des Bankausschusses.

## Untersuchungskommission wird heute bestellt

Zu Beginn der Landtagssitzung beantragte VU-Fraktionensprecher Reinhard Walser im Auftrag beider Fraktionen im Landtag einen Zusatz zur Tagesordnung.

Die beiden Fraktionen hatten sich geeinigt, gemeinsam einen Antrag zur Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu stellen. Heute Donnerstag, am Schluss der Landtagssitzung, wird die Bestellung dieser Untersuchungskommission, die von der FBP-Fraktion schon vor einem Jahr gefordert und von der VU-Fraktion mit ihrer Stimmenmehrheit abgelehnt worden war, vorgenommen.

Die Untersuchungskommission soll insbesondere die vier Fragen abklären, die von der FBP-Fraktion im Zusammenhang mit dem umstrittenen Bericht des Staatsgerichtshofpräsidenten gestellt worden waren.



Die Zukunft an Ihrem Handgelenk.

Rado Diastar Anatom, wasserdicht, kratzfestes Keramikband und Saphirglas, Fr. 1500.- für Damen, Fr. 1600.- für Herren.

huber

schmuck - uhren - juwelen  
Stadte 34 und Rathausplatz  
9490 Vaduz/Liechtenstein

**LEICHTER MEHR LEISTEN**

**WILDER OFFICE**

Modell 1000  
In Bestellung  
FL 2010  
Tel. 075 2 42 42